

Deutschland hat Zukunft – Verlagerungstrends in der bayerischen Industrie

Dienstag, 11.04.2017 um 16:00 Uhr

In der Domäne Sonnefeld, Veranstaltungssaal

Martin-Luther-Straße 6, 96242 Sonnefeld

Begrüßung – Herausforderungen für den Industriestandort Bayern

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Dr. Michelbach,

sehr geehrter Herr Post,

sehr geehrter Herr Dr. Ohl,

sehr geehrter Herr Dr. Lichtblau,

meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem Deutschland hat Zukunft-Kongress „Verlagerungstrends in der bayerischen Industrie“.

Das Thema ist seit zwei Jahrzehnten ein Dauerbrenner, gerade auch in der Region.

Stand heute können wir feststellen, dass der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in Bayern seit dem Jahr 2000 von 21,7 Prozent auf inzwischen 27,3 Prozent gewachsen ist.

Deutschlandweit liegt der Anteil heute bei 22,2 Prozent.

Die positive Entwicklung der Industrie in Bayern ist ein großer Erfolg – vor allem auch deshalb, weil sie gegen den Trend in den anderen Industrieländern erfolgte.

Über alle Industrieländer hinweg fiel der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung seit dem Jahr 2000 von 18,1 Prozent auf inzwischen 14,4 Prozent.

Im Jahr 2000 wurden weltweit noch knapp 80 Prozent aller Industriegüter in den Industrieländern produziert. Heute sind es nur noch gut 50 Prozent. Der Weltmarktanteil Deutschlands und Bayerns blieb dagegen stabil bei knapp acht bzw. eineinhalb Prozent.

Hinführung zur Fragestellung der Studie

Der Freistaat hat sich dem allgemeinen Trend der De-Industrialisierung entzogen.

Die heimischen Industrieunternehmen sind auf den Weltmärkten erfolgreich und sorgen für erhebliche Wertschöpfung und Beschäftigung im Inland.

Wir haben IW-Consult damit beauftragt, die Internationalisierung der bayerischen Industrie – in der Vergangenheit und in der Zukunft – für uns genauer zu untersuchen.

Die Studie mit dem Titel „Verlagerung von Wertschöpfung – Geht die Produktion ins

Ausland?“ stellen wir heute der Öffentlichkeit vor, sie liegt auch zur Mitnahme bereit.

Dr. Karl Lichtblau, Sprecher der Geschäftsführung des IW Consult, wird die Resultate im Anschluss detailliert vorstellen.

Kernergebnisse der Studie

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten der bayerischen Industrie hat sich in den letzten Jahren intensiv fortgesetzt.
- Während kleinere und mittlere Unternehmen eher auf den Einkauf von Vorleistungen aus dem Ausland setzen, steht bei größeren Unternehmen die Produktion im Ausland im Vordergrund.
- Die Motive für Auslandsproduktion sind zum einen die geringeren Kosten als auch die Erschließung neuer Märkte.
- Firmen, die aus **Kostengründen** im Ausland produzieren, tun das vor allem in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten.

- Geht es um die **Erschließung neuer Märkte**, sind eher China und andere asiatische Staaten gefragt.

Dabei gilt:

Bislang gehen die Verlagerungen unterm Strich nicht zu Lasten des heimischen Standorts:

- Nur **zwei Prozent** der Unternehmen, die Produktionskapazitäten im Ausland aufgebaut haben, haben die Inlandsproduktion reduziert.
- Dagegen haben **34 Prozent** dieser auslandsaktiven Unternehmen ihre Fertigung am heimischen Standort dank der höheren Wettbewerbsfähigkeit sogar ausgebaut!

Allerdings zeigt die Studie, dass einfache Tätigkeiten im Inland unter Druck geraten, ihr Anteil sinkt.

Studie: Blick in die Zukunft

Die Studie zeigt:

- Die Internationalisierung der bayerischen Industrie wird sich weiter fortsetzen – dabei werden das Tempo und die Form im

Wesentlichen der bisherigen Entwicklung entsprechen.

- Treiber sind vor allem die Unternehmen, die bereits im Ausland aktiv sind.
- Größere Verlagerungen sind weiterhin nicht zu erwarten.

Die weitere Internationalisierung der Unternehmen wird dennoch Folgen für den Standort Bayern haben.

Die Untersuchung zeigt, dass Unternehmen mit Auslandsproduktion weniger in den Aus- und Aufbau von Inlandskapazitäten investieren als Unternehmen ohne Auslandsproduktion.

Schlussfolgerungen für den Industriestandort

Das heißt für uns:

Schlussfolgerung 1:

Die Internationalisierung der Wertschöpfungskette – sei es durch Vorleistungsimporte, sei es durch Produktion im Ausland – stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Bayern und geht bisher nicht zu Lasten der heimischen Standorte und Arbeitsplätze.

Schlussfolgerung 2 lautet:

Dieses positive Ergebnis ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit.

Wenn wir weiter genügend Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort behalten wollen, müssen wir die Wettbewerbsbedingungen am Standort zu verbessern.

Die Studie zeigt deutlich: Die eigentliche Dynamik findet an den Auslandsstandorten statt. Und im Inland stehen vor allem einfache Tätigkeiten unter Druck.

Der globale Standortwettbewerb nimmt immer weiter zu:

- Zum einen durch das Auftreten und Aufholen neuer Wettbewerber. Schon heute ist China unser größter und intensivster Wettbewerber auf den Weltmärkten,
- zum anderen durch die Re-Industrialisierungsbemühungen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Gerade auch die aktuellen Entwicklungen im Vereinigten Königreich und in den USA, wo

Premierministerin Theresa May ebenso wie Präsident Donald Trump die Körperschaftsteuern senken wollen, zeigen, dass wir vor einer Intensivierung des internationalen Standortwettbewerbs stehen.

Die De-Industrialisierung in anderen Industrieländern – etwa in den USA oder in Großbritannien – muss uns eine Warnung sein.

Wir müssen weiter entschlossen dagegenhalten!

Standortbedingungen verbessern

Folgende Punkte sind nötig, um den Standort dauerhaft attraktiv für industrielle Produktion halten:

1. Wir müssen die Arbeitskosten im Griff behalten.

Unser größter Standortnachteil sind die hohen Kosten, insbesondere die Arbeitskosten. Sie gehören zu den höchsten weltweit. Wir müssen wieder dauerhaft zu einer maßvollen, produktivitätsorientierten Lohnentwicklung zurückkehren.

Das Entgeltniveau in der Industrie ist insgesamt über die letzten Jahre stark angestiegen.

Zudem brauchen wir einen Deckel der Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent.

Das müssen wir wieder stärker in den Fokus zu rücken.

Fest steht: Wenn wir mit den Leistungsausweitungen bei Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung so weitermachen wie bisher, wird uns das nicht gelingen.

2. Wir brauchen wettbewerbsfähige Strompreise

Zudem gilt: Unsere Industriestrompreise sind – soweit ein Unternehmen nicht unter die Besondere Ausgleichsregelung fällt – international nicht wettbewerbsfähig.

Hauptpreistreiber ist und bleibt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), trotz mehrerer Novellen in den letzten Jahren.

So kann es nicht weitergehen.

Kurzfristig brauchen wir eine Strompreisbremse. Ein wirksamer Hebel wäre das weitgehende

Streichen der Stromsteuer. Auch ein Streckungsfonds zur Deckelung der Förderkosten für den Ausbau der Erneuerbaren ist sinnvoll. Wir begrüßen den diesbezüglichen Vorstoß der Staatsregierung.

Mittelfristig brauchen wir eine echte Kostenwende: Die Erneuerbaren Energien müssen sich am Markt behaupten, und wir müssen uns vom heutigen EEG verabschieden.

3. Das deutsche Steuersystem muss international wettbewerbsfähiger werden.

Auch die Unternehmensbesteuerung muss weiterentwickelt werden.

So darf es keine überzogenen Gewerbesteuer-Hebesätze geben. Die Hinzurechnung von Kosten in der Gewerbesteuer muss abgeschafft werden.

Auch müssen wir das Ziel einer angemessenen gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer in der EU erreichen.

Wie bereits erwähnt: der globale Trend geht eher in Richtung niedrigerer Unternehmenssteuern.

Schrittmacher für anstehende Senkungen dürften Großbritannien, Italien und die USA sein.

Die vbw lehnt daher weitere Steuererhöhungen für Unternehmen strikt ab. Das gilt auch für die Dividendenbesteuerung.

4. Wir brauchen mehr Flexibilität und weniger Bürokratie beim Arbeitseinsatz

Statt mehr Regulierung brauchen wir mehr Flexibilität beim Arbeitseinsatz.

Das gilt insbesondere beim Thema Arbeitszeit. Die tägliche Höchstarbeitszeit im Gesetz muss abgeschafft werden. Stattdessen müssen wir zu einer wochenbezogenen Betrachtung kommen, die in der entsprechenden Europäischen Richtlinie bereits vorgesehen ist.

Betriebe und Beschäftigte gewinnen dadurch sehr viel Flexibilität und Freiräume bei der wöchentlichen Verteilung der Arbeitszeit hinzu. Das Arbeitszeitvolumen selber bleibt aber gleich.

5. Zudem geht es um eine leistungsfähigere Infrastruktur.

Wir müssen die Verkehrs-, IT- und Bildungsinfrastruktur qualitativ und quantitativ verbessern.

Bei der **digitalen Infrastruktur** fordern wir, dass bis zum Jahr 2020 flächendeckend Kommunikationsverbindungen mit 100 Mbit / s oder mehr zur Verfügung stehen. Nur so werden wir die Herausforderung „Digitalisierung“ meistern.

Mehr Investitionen brauchen wir auch in die **Verkehrsinfrastruktur**. Bis 2030 müssen wir deutschlandweit rund 300 Milliarden Euro in den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Im **Bildungsbereich** ist Bayern gut positioniert, dennoch gibt es Verbesserungspotenziale, – insbesondere was die Entwicklung digitaler Kompetenzen angeht.

6. Wir müssen Forschung und Entwicklung fördern.

Dazu gehört auch – neben anderen Dingen – die Einführung einer steuerlichen

Forschungsförderung für alle Unternehmen –
unabhängig von der Größe.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die bayerische Industrie ist erfolgreich und sorgt
für erhebliche Beschäftigung und Arbeitsplätze im
Inland.

Doch der Erfolg kommt nicht von allein – und er
ist keine Selbstverständlichkeit.

Die Unternehmen müssen am Standort
Deutschland hart dafür kämpfen, dass sich die
Arbeit hier rechnet.

Die politisch Verantwortlichen müssen für
Rahmenbedingungen am Standort sorgen, die es
für deutsche und ausländische Firmen attraktiv
machen, hier zu produzieren und hier
Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich freue mich auf eine lebendige Diskussion und
wünsche uns eine ertragreiche Veranstaltung!